Muslimische Frauen fordern mehr Einsatz gegen Diskriminierung

7. März 2016

Brüssel (KNA) In Europa haben verbale und physische Gewalt gegen Frauen rapide zugenommen – besonders muslimische Frauen sind davon betroffen. Bei einer Diskussion zum Thema Frauen und Islamfeindlichkeit im EU-Parlament am Mittwoch forderten zahlreiche Organisationen konkrete Maßnahmen von den EU-Staaten, um die doppelte Diskriminierung von Musliminnen einzudämmen. „Die Diskriminierung zieht sich durch alle Bereiche: Gesundheit, Arbeit und Bildung“, sagte die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Soraya Post, Ko-Vorsitzende der fraktionsübergreifenden Gruppe gegen Rassismus. Auch in der breiten Gesellschaft sei auf ein Bewusstsein für muslimische Kultur hinzuarbeiten.

74 Prozent Angriffe auf Muslime richteten sich gegen Frauen, sagte Yasser Louati vom französischen Zentrum gegen Islamfeindlichkeit. Muslime würden Ziel ernstzunehmender Hassverbrechen, „nur weil sie mehr sichtbar sind“, so Louati. Allerdings beleuchteten wenige Daten zu Angriffen auf Muslime auch den Gender-Aspekt.

Die französische Laizismus-Expertin Nora Rami sagte, das Kopftuchverbot in Frankreich bringe Mädchen um ihr Recht auf Bildung. Sie verwies auf Fälle, in denen Mädchen oder junge Frauen auf den Schul- oder Universitätsbesuch verzichteten, weil sie sich dem Verbot religiöser Abzeichen in öffentlichen Einrichtungen nicht unterwerfen wollten. „Auf diese Weise wird die Situation der Frauen nicht verbessert, sondern schließt sie aus der Gesellschaft aus“, sagte Rami.

Fatima Doubakil vom muslimischen Menschenrechtsausschuss in Schweden sprach sich dafür aus, Islamfeindlichkeit als eine Form des Rassismus anzusehen. „Rassismus ist keine Frage der Einstellung, sondern strukturell bedingt“, so Doubakil. Durch die Terroranschläge in Europa gebe es einen zudem Paradigmenwechsel. Der Kampf gegen Terrorismus gehe mit „massiven Menschenrechtsverletzungen“ einher.

(KNA – qknkm-89-00128)

Stand: 17. November 2026